

Zukunftsfähige Kommune

Lange müsste man nachdenken, sollte man Entscheidungen der Bundesregierung nennen, die unser Land ein Stück zukunftsfähiger, ökologischer, sozialer und demokratischer gemacht haben. Und das Ergebnis des Nachdenkens fiel sehr bescheiden aus.

Banker statt Bürger. Atomkraft statt Sonnenenergie. Wachstum statt Ressourcenschonung. Alternativen zu dieser Politik werden derzeit vor allem lokal artikuliert. Der Protest gegen Stuttgart 21 ist dafür der spektakulärste Ausdruck. In Berlin hört man nicht auf Klimaexperten, Verbraucherschützer oder Sozialverbände. Banker und Atomstromer finden immer Gehör. Dort, wo die Folgen von über zehn Jahren neoliberaler Politik Tag für Tag spürbar sind, dort, wo unsinnige Bahn- oder Flughafenprojekte unmittelbar greifbar werden, dort regt sich Widerstand: Bürger/innen, die von Entscheidungen ausgeschlossen werden und die Folgen verfehlter Politik ausbaden sollen, kündigen den Parteien und Regierungen die Zustimmung.

Lokal handeln

In vielen Städten und Gemeinden nehmen immer öfter Alternativen Gestalt an: Kommunen, die eine Energieversorgung vollständig mit erneuerbaren Energien anstreben oder mit ihren Bürger/innen in einen Wettbewerb beim Stromsparen treten und bei den Stadtwerken Ökostrom anbieten. Oder Gemeinden, in denen ein Drittel der Verkehrswege mit dem Fahrrad zurückgelegt wird. Hier gelingt es dem BUND, freie Flächen mitten in der Stadt als Wildblumenwiesen zu gestalten; dort kooperieren wir erfolgreich mit den örtlichen Handwerksinnungen für mehr Umweltschutz in den Betrieben.

Zugleich haben die Kommunen großes Potenzial: Wenn sich eine Millionenstadt wie München vornimmt, bis 2030 die Hälfte ihrer CO₂-Emissionen einzusparen, dann ist das ein relevanter Beitrag zu den bundesweiten Klimaschutzziele. Mindestens so bedeutsam sind die Vorbilder, die so entstehen – und vor Ort im Kleinen zeigen, was möglich ist. So manche Stadtverwaltung hat verstanden, dass sich mit energieeffizienten öffentlichen Gebäuden immenses Geld sparen lässt.

Doch das ist nur eine Seite der Medaille. Denn es gibt sie noch immer: die An-der-falschen-Stelle-Sparer, die Geheimniskrämer und Flächen-um-jeden-Preis-für-Gewerbegebiete-Versiegler. Kurz: Kommunen sind ein spannender Ort der Auseinandersetzung um ein zukunftsfähiges Deutschland.

Auch deshalb konzentrieren wir uns in unserem neuen Nachhaltigkeitsprojekt auf die Kommunen – im Megawahljahr 2011 ein besonders spannendes Unterfangen. Bieten die Landtags- und Kommunalwahlen in acht Bundesländern doch die Chance, eine Reform der Gemeindefinanzen, mehr Transparenz und Bürgerbe-



Wider die globale Unübersichtlichkeit: Wochenmärkte mit regionalem Angebot stiften Identität und stärken heimische Produzenten.

teiligung sowie eine Diskussion über unveräußerliche Gemeingüter voranzubringen.

Der Projektstart verlief erfolgreich: Am 15. Januar fand der erste von vier Workshops über zukunftsfähige Kommunen statt – mit großem Zuspruch. Interessenten aus acht Bundesländern kamen nach Kassel, um über kommunale Energiepolitik zu sprechen, um sich über Natur in der Stadt, Kommunal Finanzen und weitere Themen zu informieren. Die Unterlagen zum Workshop finden Sie unter www.bund-intern.net.

Norbert Franck, Christine Wenzl

Norbert Franck leitet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BUND, Christine Wenzl betreut das Projekt Nachhaltigkeit.



Das Nachhaltigkeitsprojekt sammelt gute Beispiele: Vollerorts trägt der BUND dazu bei, Kommunen zukunftsfähiger zu machen; hier und dort greifen Städte und Gemeinden die guten Anregungen auf. Wir suchen Beispiele, die zur Nachahmung einladen – aus den Bereichen Energie- und Klimaschutz, Stadtnatur, Konsum und Lebensstile, Verkehr, Bildung, Unternehmen, Bauen und Wohnen. Vorschläge aus allen Teilen des Landes sind sehr willkommen: christine.wenzl@bund.net, Tel. (030) 275 86-4 62. Mehr zum Projekt: ► www.bund.net/nachhaltigkeit